

Flüchtlinge in der EU und europäische Solidarität

Zwei EU-Staaten scheitern komplett beim EuGH mit Klagen gegen einen Ratsbeschluss zur Umsiedlung von Flüchtlingen

Heiner Adamski

In den Veröffentlichungen der UNHCR (United Nations High Commissioner for Human Rights – dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen) oder etwa des deutschen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden die weltweit dramatischen und oft von Tod bedrohten Lebensverhältnisse vieler Millionen Menschen dokumentiert. In einer Statistik der UNHCR heißt es: „Ende des Jahres 2016 waren 65,6 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Rund 22,5 Millionen dieser Menschen sind Flüchtlinge, die vor Konflikten, Verfolgung oder schweren Menschenrechtsverletzungen aus ihrer Heimat flohen ... Die Hälfte der Flüchtlinge weltweit sind Kinder unter 18 Jahren. 40,3 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene, Menschen, die innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind. 2,8 Millionen Menschen unter den 65,6 Millionen sind Asylsuchende.“ In einer Aufschlüsselung wird dargelegt, dass für die Flüchtlinge diese Länder die Hauptaufnahmeländer sind: Äthiopien (791.600), Uganda (940.800), Islamische Republik Iran (979.400), Libanon (1 Million), Pakistan (1,4 Millionen) und Türkei (2,9 Millionen). Der gegenwärtige UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi wird dazu zitiert: „Welchen Maßstab man auch nimmt, diese Zahl ist nicht zu akzeptieren. Und aus ihr spricht lauter als jemals zuvor die Notwendigkeit zur Solidarität und zu gemeinsamen Zielen bei der Prävention und Lösung von Krisen. Gemeinsam muss sichergestellt werden, dass die Flüchtlinge, Binnenvertriebenen und Asylsuchenden weltweit angemessen geschützt und versorgt werden, während zugleich Lösungen angestrebt werden.“⁴¹ Eine andere Zahl jenseits der Flüchtlingslage sei auch noch erwähnt: Nach Berichten von UNICEF (United Nations International Children's Emergency Fund – dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) und der Welthun-



Heiner Adamski

Sozialwissenschaftler mit den Arbeitsschwerpunkten Bildung und Recht, Staatsformen und Rechtsbewusstsein in Deutschland